

Besuch in den 11 Regionen

(Beitrag in der La Quotidiana vom 31. März 2017)

Sie erinnern sich: Das Bündner Stimmvolk sprach sich am 23. September 2012 im Rahmen der Gebietsreform deutlich für die Bildung von elf Regionen aus und stimmte der entsprechenden Teilrevision der Kantonsverfassung in allen Regionen des Kantons zu. Aufgrund eines Referendums wurden die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger am 30. November 2014 nochmals an die Urne gerufen und stimmten auch der Anschlussgesetzgebung deutlich zu. Beide Abstimmungskämpfe wurden kontrovers und emotional geführt, trotzdem kam es zu erfreulich klaren Volksentscheiden. Offensichtlich hat die Konzeption überzeugt. Eine Konzeption, die ganz im Sinne der Stärkung der Gemeindeautonomie steht.

Seit dem 1. Januar 2016 sind die elf neuen Regionen operativ tätig. Die Gesetzgebung liess sich von der Absicht leiten, Regionen zu schaffen, die ihre Aufgaben effizient, rasch, entscheidungs- und handlungsfähig sowie bürgernah erfüllen können. Wie verhält es sich nun also in der Praxis? Welche Erfahrungen wurden bei der Umsetzung gemacht? Und welche Stolpersteine lagen auf dem Weg oder sind noch zu bewältigen? Es lag für mich auf der Hand, in meinem zweiten Präsidentschaftsjahr hier einen Schwerpunkt zu setzen: Im Verlaufe dieses Jahres werde ich alle Regionen besuchen. Dies geschieht auf unterschiedliche, regionsspezifische Weise. Allen Besuchen gemeinsam ist der Erfahrungsaustausch im Rahmen einer Präsidentenkonferenz. Am 16. März fand der Auftakt in der Region Maloja statt. Die Situation ist eine besondere, nicht nur durch die Dreisprachigkeit, die gepflegt wird, sondern auch durch die kniffligen Fragestellungen, die im Zuge der Auflösung der Kreise Oberengadin per 2018 gelöst werden mussten oder noch zu lösen sind, wie z.B. rund um das Thema öffentlicher Verkehr oder den Flugplatz Samedan.

Ich konnte mich davon überzeugen, dass die Präsidentenkonferenz Maloja einwandfrei funktioniert. Auch wenn der Arbeitsaufwand der Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten grundsätzlich etwas gestiegen ist, hat sich die kantonale Vorgabe soweit bewährt, wonach diese in der Region zu entscheiden haben. Sie sind es, welche dann die finanziellen Folgen der Entscheidungen ihren Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern in den Gemeinden zu unterbreiten haben.

Ich freue mich auf die weiteren zehn Begegnungen in den Regionen. Sie werden es mir im direkten Austausch mit den Präsidentinnen und Präsidenten erlauben, die Sorgen und Nöte sowie Anliegen unserer Gemeinden in Erfahrung zu bringen. Auch aus dem Oberengadin und dem Bergell durfte ich die eine oder andere Anregung mit in die Regierung nehmen. Überwiegt haben jedoch der Dank und die gegenseitige Wertschätzung für die Leistungen, welche jede Staatsebene zu Gunsten unserer Bevölkerung erbringt. Diese Zeichen sollen uns Ansporn für die weitere Arbeit sein.

Regierungspräsidentin Barbara Janom Steiner
Vorsteherin des Departementes für Finanzen und Gemeinden